

FRIEDRICH MERZ UND DIE „ZEITENWENDE 2.0“: EINE „NEUE ÄRA“ FÜR DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN?

Marie Krpata

EXECUTIVE SUMMARY

On February 23, 2025, almost 60 million voters were called upon to elect a new Bundestag. These elections will also give rise to a new government in Europe's largest economy.

With the next coalition in place around a likely future Chancellor Friedrich Merz, Germany hopes to regain stability. There is also the question of what role Germany will play within the European Union, and what direction it wishes to take towards the United States following Donald Trump's return to the White House.

The coming years will be decisive for the affirmation of Europe's role in the world order and for its security. Will the future German government seek to portray itself as resolutely pro-European, or will it be anxious to defend its own interests? What new Franco-German dynamic could emerge?

KEYWORDS:

Transatlantic relations, Friedrich Merz, Zeitenwende, USA, Germany

ZUSAMMENFASSUNG

Am 23. Februar 2025 waren fast 60 Millionen Wähler aufgerufen, einen neuen Bundestag zu wählen. Diese Wahlen werden auch eine neue Regierung in der größten Volkswirtschaft Europas hervorbringen.

Mit der nächsten Koalition um einen wahrscheinlichen künftigen Kanzler Merz, hofft Deutschland wieder eine gewisse Stabilität zu erlangen. Vor dem Hintergrund des Wiedereinzugs von Donald Trump ins Weiße Haus wird Deutschlands Haltung zur EU und gegenüber den USA entscheidend sein.

Wird die künftige deutsche Regierung in diesem Kontext versuchen, einen dezidiert pro-europäischen Kurs einzuschlagen, oder wird sie bedacht sein, vordergründig die deutschen Interessen zu vertreten? Welche neue deutsch-französische Dynamik könnte dadurch entstehen?

KEYWORDS:

Transatlantische Beziehungen, Friedrich Merz, Zeitenwende, USA, Deutschland

Eine leicht geänderte französische Version dieses Artikels wurde parallel veröffentlicht auf <https://www.ifri.org/fr/publications/friedrich-merz-et-la-zeitenwende-20-une-nouvelle-ere-pour-les-relations>

CONTENTS

FRIEDRICH MERZ UND DIE „ZEITENWENDE 2.0“: EINE „NEUE ÄRA“ FÜR DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN?	6
I. VON EINER TRANSATLANTISCHEN ZEITENWENDE ZU EINER EUROPÄISCHEN ZEITENWENDE?	7
1. DIE ZEITENWENDE AUS SICHT DEUTSCHLANDS UND SEINER EUROPÄISCHEN PARTNER	7
2. DEUTSCHLAND ZWISCHEN WESTBINDUNG UND STRATEGISCHER AUTONOMIE	8
3. DEUTSCH-AMERIKANISCHE BEZIEHUNGEN UNTER DONALD TRUMP: QUO VADIS?	10
II. EIN BALANCEAKT DEUTSCHLANDS ZWISCHEN WIRTSCHAFTLICHER OFFENHEIT UND STREBEN NACH RESILIENZ	14
1. DEUTSCHE ODER EUROPÄISCHE LÖSUNGEN FÜR DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTSFLAUTE?	14
2. BAUSTELLE EUROPÄISCHE INDUSTRIEPOLITIK: PERSPEKTIVEN UNTER DER KÜNFTIGEN BUNDESREGIERUNG	15
3. ZANKAPFEL HANDELSPOLITIK: MEHR EINSICHT VON DEUTSCHLAND UND FRANKREICH IST GEFRAGT	17
SCHLUSS	19
BIBLIOGRAPHY	20

AUTORIN

Marie Krpata, MA, MA

ist Affiliated Researcher am oiiip und Forscherin am Französischen Institut für internationale Beziehungen, wo sie sich insbesondere mit der Europäischen Union und der Außenpolitik Frankreichs und Deutschlands befasst. Außerdem leitete sie ein Projekt zum Multilateralismus. Derzeit arbeitet sie an einem Nachfolgeprojekt über die europäische Sicherheitsarchitektur. Ihr Studium der Rechtswissenschaften und Politikwissenschaft führte sie nach Frankreich, Deutschland und Österreich.

Vor ihrer Tätigkeit am Cerfa brachte sie ihre berufliche Laufbahn zur NGO Minority Rights Group nach London und an die OSZE nach Wien. Außerdem arbeitete sie in der Beratungsbranche, wo sie unter anderem an Infrastrukturprojekten in Brasilien, Chile und Südafrika mitwirkte.

- Deutsch-französische Beziehungen
- EU-China-Beziehungen
- Multilateralismus, europäische Sicherheitsarchitektur, transatlantische Beziehungen
- Industriepolitik, u.a. deutsche Automobilindustrie, Wirtschaftssicherheit

FRIEDRICH MERZ UND DIE „ZEITENWENDE 2.0“: EINE „NEUE ÄRA“ FÜR DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN?

Am 23. Februar 2025 waren knapp 60 Millionen Wähler aufgerufen, einen neuen Bundestag zu wählen. Aus diesen Wahlen wird auch eine neue Regierung in der bedeutendsten Volkswirtschaft Europas hervorgehen. Friedrich Merz sollte der nächste deutsche Bundeskanzler werden und es stellt sich die Frage, welche Rolle Deutschland innerhalb der Europäischen Union (EU) einnehmen wird und welche Ausrichtung es nach der Rückkehr Donald Trumps im Weißen Haus gegenüber den USA aber auch in wirtschaftspolitischen Belangen anstrebt.

Sobald die Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen sind und der nächste Koalitionsvertrag vorliegt, sollte Deutschland nach den Bundestagswahlen wieder eine gewisse Stabilität und Glaubwürdigkeit erlangen, und es könnte ein neues Momentum für die deutsch-französischen Beziehungen entstehen.

In der Amtszeit von Olaf Scholz (2021-2025) taten es sich Frankreich und Deutschland des Öfteren schwer auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen – und das trotz des Beginns des Krieges in der Ukraine im Februar 2022, der rasche und pragmatische Lösungen erforderte. Auch wenn dieser Krieg einen Beschleunigungseffekt hatte, der die europäische Agenda vorantrieb, hat er auch die Spannungen innerhalb der EU, u.a. zwischen Frankreich und Deutschland, verschärft. Erstens, zu Fragen der Sicherheit und Verteidigung: 78% der von den EU-Mitgliedstaaten gekauften Waffen stammen von außerhalb Europas, 63% davon aus den USA (Draghi, 2024). Nach Ausbruch des Krieges kaufte Deutschland 35 amerikanische F35, um seine veralteten Tornados zu ersetzen, was das Vertrauen in den transatlantischen Partner in Sicherheits- und Verteidigungsfragen bestätigte. Frankreich hingegen verteidigt europäische Rüstungsprojekte wie den Kampfflieger der Zukunft (FCAS) und befürchtet, dass ihre Umsetzung durch den Kauf von US-Ausrüstung in Frage gestellt werden könnte. Zweitens gibt es in Bezug auf Energiefragen innerhalb der EU und insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland Meinungsverschiedenheiten, vor allem in Bezug auf die Kernenergie, aber auch beispielsweise bei der Reform des Strommarktes. Drittens sind Handelsfragen ein Zankapfel. Auf der einen Seite gibt es Staaten wie Deutschland, deren Wirtschaft auf den Außenhandel angewiesen ist, und die ihre Lieferquellen und Absatzmärkte diversifizieren wollen, aber auch stärker den Zwangsmaßnahmen ihrer Handelspartner ausgesetzt sind. Auf der anderen Seite gibt es jene Staaten, wie Frankreich, die in erster Linie für eine Reindustrialisierung der EU und eine härtere Gangart gegenüber unfairen Handelspraktiken von Drittstaatsakteuren plädieren.

Die kommenden Jahre werden entscheidend für die Rolle der EU in der Weltordnung und für die europäische Sicherheit sein.

Insofern stellt sich die Frage, ob die künftige deutsche Regierung in diesem Kontext versuchen

wird, einen dezidiert pro-europäischen Kurs einzuschlagen, oder ob sie bedacht sein wird, vordergründig die deutschen Interessen zu vertreten. Welche neue deutsch-französische Dynamik könnte dadurch entstehen?

I. VON EINER TRANSATLANTISCHEN ZEITENWENDE ZU EINER EUROPÄISCHEN ZEITENWENDE?

Die Zeitenwende steht im Zentrum der außenpolitischen Bilanz der Ampelkoalition seit der Ansprache des deutschen Kanzlers vor dem Bundestag am 27. Februar 2022 (Scholz, 2022), gilt aus der französischen Perspektive allerdings als zu transatlantisch und zu wenig europäisch. Dabei steht Deutschland stets im Spannungsfeld zwischen den USA und der EU. Die Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen läutet nun aber möglicherweise eine neue Zeitenwende ein: Nach dem Bruch mit Russland könnte nun ein Zerwürfnis mit den USA bevorstehen. Dies wäre ein wahrhafter Schock für ein Deutschland, das seinen transatlantischen Verpflichtungen seit 1945 treu geblieben ist. Gleichzeitig scheint die Trump-Administration von Berlin nicht ausreichend antizipiert worden zu sein. Und das, obwohl Deutschland eine bevorzugte Zielscheibe von Donald Trump sein wird, was angesichts des Ausmaßes der deutsch-amerikanischen Spannungen, die bereits die erste Amtszeit von Donald Trump kennzeichneten, kaum überraschen würde.

1. DIE ZEITENWENDE AUS SICHT DEUTSCHLANDS UND SEINER EUROPÄISCHEN PARTNER

Ein Rückblick auf die Ampelkoalition von Olaf Scholz, in dessen Fußstapfen Friedrich Merz wohl treten wird, war von der „Zeitenwende“ geprägt, die der deutsche Kanzler drei Tage nach dem Beginn des Angriffskriegs in der Ukraine ausrief. Dieser Wendepunkt stellte bedeutende Grundpfeiler, die die Politik der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten ausgemacht haben in Frage:

1. Eine „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ in der internationalen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg. Nun geht es darum, dass die Bundeswehr wieder wehrhaft und kriegstüchtig wird. Deutschland hat sich dazu verpflichtet, 2% seines BIP für Verteidigungsausgaben aufzuwenden und hat ein Sondervermögen von 100 Milliarden EUR ins Leben gerufen, um die Bundeswehr zu modernisieren. Es liefert Waffen in ein kriegsgerütteltes Gebiet, die Ukraine – ein Tabubruch für Deutschland. Außerdem wurde es zum zweitwichtigsten militärischen Unterstützer der Ukraine hinter den USA.

2. Jahrzehntelange enge Beziehungen zu Russland, die auf die Ostpolitik von Willy Brandt zurückgingen. Nun geht es darum, sich von Russland zu entkoppeln und sich von russischem Gas unabhängig zu machen, zumal bei Ausbruch des Krieges 55% der Gasimporte aus Russland kamen. Nordstream 2 wurde als „privatwirtschaftliches Vorhaben“ (Emendörfer, 2021) gesehen.

Dabei hat man den geopolitischen Aspekt des Projekts verkannt. Jetzt wendet man sich an neue Energiepartner – wenn es um Flüssiggas geht, zum Beispiel an Katar und die USA (FAZ a, 2024).

3. Eine grundsätzlich positive Grundhaltung gegenüber dem Außenhandel. Es geht jetzt darum resilienter zu werden, Abhängigkeiten zu reduzieren und Klumpenrisiken zu vermeiden – eine Abkehr vom „Wandel durch Handel“. Dies gilt u.a. in Bezug auf China, auch wenn es in der Ampelregierung unterschiedliche Ansätze gab – mit einer SPD, die die Nähe zu China nicht scheute, während die Grünen strittige Themen, Stichwort Menschenrechte, „De-risking“ und Schutz kritischer Infrastruktur, nicht mieden.

Auf französischer Seite wurde diese „Zeitenwende“ als transatlantisch und nicht als europäisch wahrgenommen (Ross & Téterchen, 2024): Erstens kaufte Berlin amerikanische Militärausrüstung und setzte auf amerikanische Technologie, so beispielsweise beim Kauf von F35 Kampfflugzeugen oder bei der European Sky Shield Initiative, die am 13. Oktober 2022 ins Leben gerufen wurde. Zweitens einigten sich Olaf Scholz und Joe Biden darüber, wie mit Russland umzugehen sei: welche roten Linien nicht überschritten werden dürfen; wie man verhindert zur Kriegspartei zu werden und wie man vermeidet, den Krieg eskalieren zu lassen. Dementsprechend war Scholz' Bundestagswahlkampagne darauf angesetzt, sich als „Friedenskanzler“ und als Kanzler der „Besonnenheit“ zu geben, eine Strategie, die letztendlich nicht aufging. Drittens waren sich Scholz und Biden in puncto NATO-Erweiterung in Richtung Ukraine einig: Dieser Schritt solle nicht überstürzt werden, während die Polen, Franzosen, Balten und Briten sich viel klarer für einen solchen Beitritt aussprachen. Auch bei der Lieferung von Waffen an die Ukraine stimmte man sich zwischen den USA und Deutschland eng ab: So waren Lieferungen von Leopard Kampfpanzern an die Lieferung von Abrams Kampfpanzern geknüpft, während die Lieferung von Marder Schützenpanzern von Bradley Schützenpanzern abhängig gemacht wurde.

2. DEUTSCHLAND ZWISCHEN WESTBINDUNG UND STRATEGISCHER AUTONOMIE

Die CDU, die aus der Bundestagswahl Ende Februar als stimmenstärkste Partei hervorging, definiert sich durch ihre „Westbindung“, also ein klares Bekenntnis zur Zugehörigkeit des Wertekanonens von liberalen Demokratien und die Mitgliedschaft Deutschlands innerhalb der NATO – der transatlantischen Organisation schlechthin sowie ihre Verankerung innerhalb der EU, die ihrerseits auf einer engen deutsch-französischen Beziehung gründet. Die USA sind für Deutschland ein unumgänglicher Partner, zumal sie ob ihrer Truppenpräsenz in Europa und der nuklearen Abschreckung der Hauptgarant für die Sicherheit Europas sind. 37 000 amerikanische Soldaten sind in Deutschland stationiert. Außerdem bietet die NATO, der die Bundesrepublik Deutschland 1955 beitrug Schutz. Die NATO zählt drei Nuklearmächte, die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich, die zur nuklearen Abschreckung der NATO beitragen. Genauso wichtig ist aber auch die Beistandsklausel, die bei einem Angriff aktiviert werden kann. Vom nuklearen Schutz profitieren die Alliierten auch durch die nukleare Teilhabe, d.h. dass im Angriffsfall in Europa gelagerte US-Atomwaffen zum Einsatz kommen können, sofern die USA dies genehmigen.

Frankreich, das den USA gegenüber schon unter De Gaulle mit einer gewissen Skepsis

gegenübertrat, entwickelte seine eigene Atombombe und versuchte, seine Außenpolitik unabhängig von der der USA auszurichten. Emmanuel Macron ging 2019 so weit, die NATO als „hirntot“ (The Economist a, 2019) zu bezeichnen und setzt sich seit seinem Amtsantritt für „strategische Autonomie“ ein. Die geopolitischen Entwicklungen bestärken Frankreich in seiner Einstellung und seinem Narrativ. Gleichzeitig zeigte der Ukrainekrieg, wie sehr Europa auf die USA angewiesen ist. Von Mitte 2022 bis Mitte 2023 kamen 78% der Waffen, die von EU-Mitgliedsstaaten gekauft wurden von außerhalb Europas, 63% davon aus den USA (Draghi, 2024). Europa muss seine Verteidigungsfähigkeiten daher ausbauen und auch mehr Verantwortung übernehmen, um mit den USA eine ausgewogenere Lastenteilung anzustreben, so galt die gängige Meinung seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine.

Entscheidend für die Geschwindigkeit beim Ausbau dieser Verteidigungsfähigkeiten wird sein, wie sich die transatlantischen Beziehungen auch in Zukunft gestalten werden. In den letzten paar Wochen seit der Münchner Sicherheitskonferenz und der Ansprache von J.D. Vance, dem Vizepräsidenten der USA, aber auch seit den Gesprächen zwischen dem amerikanischen Außenminister Marco Rubio und dem Außenminister der Russischen Föderation Sergei Lawrow in Riad über den Krieg in der Ukraine, und des Besuchs von Volodymyr Zelensky bei Donald Trump, wo es zu einem Eklat kam, zeichnet sich eine klare Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen ab.

Bereits am Wahlabend erklärte Friedrich Merz, dass man nun auf eine größere Unabhängigkeit von den USA hinarbeiten müsse. Ausgehend von dem Schock über die Rede von J.D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz sagte er, dass den USA das Schicksal der EU gleichgültig zu sein scheine, und fügte hinzu, dass er angesichts der jüngsten Stellungnahmen von Donald Trump Zweifel daran habe, dass das Atlantische Bündnis bis zum NATO-Gipfel im Juni 2025 in seiner jetzigen Form fortbestehen werde. Diese Worte – vor allem in dieser Klarheit – sorgten für allgemeine Überraschung, insbesondere aus dem Munde eines CDU-Politikers, und standen im Gegensatz zum versöhnlichen und beruhigenden Tonfall, den Olaf Scholz in der gleichen Fernsehsendung einschlug (Merz, 2025).

Der Eklat beim Besuch Volodymyr Zelenskys in den USA im Februar 2025 fünf Tage nach der Bundestagswahl in Deutschland, der für den ukrainischen Präsidenten zu einer Demütigung wurde, scheint Friedrich Merz Recht zu geben. Die EU-Staaten könnten notgedrungen sein, ihre Militärkapazitäten rasch aufzubauen, um ein mögliches amerikanisches Vakuum in Europas Sicherheit auszugleichen. In Bezug auf den Krieg in der Ukraine ist die Befürchtung, dass über die Köpfe der Ukraine und Europas hinweg die Weichen für Friedensverhandlungen gestellt werden. Diese sehen vor, dass es Gebietsabtretungen der Ukraine an Russland geben soll und dass die Ukraine weder der NATO noch einem anderen Militärbündnis angehören soll. Außerdem will Donald Trump ein Rohstoffabkommen mit der Ukraine eingehen und die Unterstützung an die Ukraine an die Bedingung dieses Abkommens knüpfen. Die sich daraus ergebende Verhandlungsposition der Ukraine ist nicht besonders günstig. Zuzüglich dazu, dass die Trump-Administration immer mehr das Narrativ des russischen Aggressors gegen die Ukraine übernimmt und eine Lösung des Konflikts zwischen Washington und Moskau unter Ausschluss der Europäer in Betracht zieht,

hat Trump am 3. März 2025 das Aussetzen der militärischen US-Hilfen an die Ukraine angekündigt (Financial Times, 2025). Diesem zu erwartenden Szenario treten die Europäer unvorbereitet entgegen. Nun stellt sich die Frage, ob sich zwischen Friedrich Merz, Emmanuel Macron und Keir Starmer eine neue Dynamik entwickelt, um an europäischen Lösungsansätzen zu arbeiten, zumal Frankreich und das Vereinigte Königreich bereits Diskussionen zu einem teilweisen Waffenstillstand in der Ukraine (France 24, 2025) und zur Sicherung eines Waffenstillstands durch das Entsenden von Friedenstruppen (Ducourtieux, 2025) in die Wege geleitet haben.

Des Weiteren stellt sich in diesem Kontext die Frage, ob sich ein zukünftiger Bundeskanzler Merz neben Frankreich dafür einsetzen wird, dass Europa bei der Definition einer zukünftigen europäischen Sicherheitsarchitektur am Verhandlungstisch sitzt und somit gewährleistet, dass nicht gegen die Interessen der Ukraine vorgegangen wird. Mehr noch: Wird er sich gegebenenfalls dafür einsetzen, dass diese Sicherheitsarchitektur umgesetzt wird – notfalls auch ohne die USA?

Die Entwicklungen der vergangenen Wochen sorgen in Deutschland für ein Umdenken: Droht nach dem Bruch mit Russland nun auch ein Zerwürfnis mit den USA? Ein künftiger Kanzler Merz wird möglicherweise eine zweite „Zeitenwende“ einläuten müssen, und vielleicht vom transatlantischen Ansatz, der den Kurs der CDU-Politik in den vergangenen Jahrzehnten ausmachte, Abstand nehmen, um Europa wieder mehr in den Fokus zu rücken.

Zwar sind die USA ein wichtiger Pfeiler für Europas Sicherheit, gerade wenn es um nukleare Abschreckung geht. Doch die Glaubwürdigkeit von Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, die Beistandsklausel, wurde schon des Öfteren in Frage gestellt. Die NATO nannte Donald Trump ja bereits 2019 „obsolet“ (BBC, 2017). Während der Wahlkampagne für die Präsidentschaftswahlen 2024 meinte er, dass die USA NATO-Staaten, die nicht 2% ihres BIP für Verteidigungsausgaben aufbringen, nicht unterstützen würde, falls sie angegriffen würden, und dass er Russland auch noch dazu ermutigen würde, diese Staaten anzugreifen (Sullivan, 2024). Das gehört vielleicht zu Trumps provokantem und disruptivem Stil, aber solche Aussagen werden in Europa, also auch in Deutschland, mit großer Sorge wahrgenommen. Die deutsche Außenpolitik, die traditionell von einer gewissen „Zurückhaltung“ geprägt ist, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten durch eine Auslagerung seiner Sicherheit und Verteidigung an die USA gekennzeichnet. Unter Donald Trump sind die USA für Deutschland zu einem unzuverlässigeren Partner geworden, der sich immer mehr zu einem Unsicherheitsfaktor entwickelt. Zwar wurden die Bedingungen, um aus der NATO auszutreten per US-Verfassung erschwert, da es dafür eines Gesetzes im Kongress oder einer Zweidrittelmehrheit im US-Senat bedarf (Focus, 2023), aber die USA müssen ja nicht formal aus der NATO austreten, um die NATO zu schwächen. Dafür brauchen nur Zweifel an der Beistandsklausel aufzukommen, was aus der NATO einen Papiertiger machen würde.

3. DEUTSCH-AMERIKANISCHE BEZIEHUNGEN UNTER DONALD TRUMP: QUO VADIS?

In Deutschland wächst das Bewusstsein, dass man zu einer beliebten Zielscheibe der USA geworden ist. Schon während seiner ersten Amtszeit hatte Donald Trump Deutschland als Trittbrettfahrer bezeichnet, der sich zu Lasten der USA bereichere, wie es das Außenhandelsdefizit

der USA gegenüber Deutschland veranschaulicht. Dabei thematisiert er das Unverständnis der amerikanischen Wähler und Steuerzahler, für die Sicherheit und Verteidigung eines Kontinents wie Europa aufkommen zu müssen, wo doch Europa aufgrund seines Reichtums dafür mehr eigene Mittel beisteuern könnte. Von allen europäischen Staaten ist Deutschland ganz besonders ins Visier von Donald Trump geraten, da es nach China, Mexiko und Vietnam den größten Handelsüberschuss im Austausch mit den USA aufweist. Sehr zum Missfallen von Donald Trump erreichte dieser Handelsüberschuss im Jahr 2023 63 Milliarden Euro (Destatis, 2025): Dies bedeutet, dass die USA mehr aus Deutschland importieren als sie nach Deutschland exportieren.

Für Deutschland sind die USA in drei Bereichen unumgänglich: in sicherheits- und verteidigungspolitischer Hinsicht hat Deutschland seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Jahr 2022 noch mehr Waffen aus den USA gekauft; außerdem sind die USA, dank der Flüssiggasimporte, für Deutschland ein wichtiger Energiezulieferer geworden; des Weiteren sind die USA seit 2024 auch der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Trump kann aufgrund der Bedeutung der USA für Deutschland Druck ausüben, um gewisse Ziele zu erreichen. Er könnte sich von seinen europäischen Partnern, allen voran Deutschland, erwarten, dass sie den USA mehr Waffen oder Flüssiggas abkaufen, oder dass sie mit der US-Politik gegenüber China gleichziehen und eine härtere Gangart gegenüber Peking einlegen, oder aber, dass sie gewisse Regelungen, zum Beispiel in der Klimapolitik oder in der Digitalpolitik, lockern, um amerikanischen Unternehmen den Zugang auf den europäischen Markt zu vereinfachen. Davon auszugehen, dass sich die transatlantischen Beziehungen nach der Amtszeit von Trump in vier Jahren bessern werden, und dass er nur eine Ausnahme darstellt, die vom Establishment, das grundsätzlich pro-europäisch eingestellt ist, abweicht, wäre fatal. Auch seine erste Amtszeit stellte für die europäischen Staaten bereits einen Elektroschock dar, und Kanzlerin Angela Merkel erklärte, dass die EU mehr Verantwortung übernehmen müsse (Meiritz et al., 2017). Diese Feststellung blieb aber weitestgehend folgenlos. Mit der Wahl Joe Bidens ins Weiße Haus hoffte man erneut auf eine Normalisierung der transatlantischen Beziehungen und atmete beruhigt auf. Damit vergeudete man wertvolle Zeit, die man hätte nutzen können, um die EU sicherheits- und verteidigungspolitisch resilienter zu machen.

Angesichts des Richtungswechsels der Trump Administration gegenüber der Vorgängerregierung stellt sich nun die Frage, ob Deutschland in sicherheits- und verteidigungspolitischen Belangen eher auf seine EU-Partner zugehen wird, oder trotz des Bruchs mit den USA versuchen wird, die Wogen mit dem transatlantischen Partner zu glätten.

Der Vorschlag Macrons, über eine Truppenentsendung in die Ukraine nachzudenken, (Ricard, P., 2025), der u.a. im Vereinigten Königreich aufgegriffen wurde, stieß in Deutschland auf wenig Begeisterung (Die Zeit, 2025). So hatte Olaf Scholz entgegnet, dass solange er Kanzler sei, keine deutschen Truppen in die Ukraine geschickt werden würden (Deutschlandfunk, 2024). Sein möglicher Nachfolger Friedrich Merz hält die Diskussion um Truppenentsendungen in die Ukraine ebenfalls für verfrüht (ARD a, 2025). Es gibt mehrere Befürchtungen, was die Entsendung von Truppen in die Ukraine betrifft. Erstens: Solange in der Ukraine Krieg herrscht, wird Deutschland wohl keine Truppen entsenden, da es befürchtet in diesem Fall von Russland als Kriegspartei

wahrgenommen zu werden (Die Zeit, 2025) – eine solche Entsendung von Truppen könnte nur in Betracht gezogen werden, um einen potenziellen Waffenstillstand zu sichern. Sollten sich die USA oder die NATO nicht an der Entsendung von Truppen oder durch Aufklärungsfähigkeiten oder logistische Unterstützung beteiligen – wie es der US-Verteidigungsminister Pete Hegseth angedeutet hatte (Major et al., 2025) –, könnte eine solche Operation schwierig werden, da die Europäer in diesen Bereichen auf die USA angewiesen sind (Boy et al., 2025). Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie man sich im Falle eines möglichen russischen Angriffs auf die europäischen Friedenstruppen verhalten würde. Russland könnte versucht sein, Europas Reaktion zu testen. Dabei besteht die Gefahr der Ausweitung des Krieges über die Ukraine hinaus und der Infragestellung der Abschreckungskraft der Nato, wohlwissend, dass die USA angekündigt haben, dass Artikel 5 des Nordatlantikvertrags von einer solchen Friedensmission ausgenommen wäre.

Ein Aspekt, wo es vermutlich Schnittmengen zwischen Frankreich und einem Deutschland, das künftig von Friedrich Merz angeführt werden könnte, geben könnte, ist die Stärkung der europäischen verteidigungsindustriellen Basis. Aus französischer Sicht geht es darum, die „strategische Autonomie“ konkret umzusetzen und sie auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik umzumünzen. Zum Beispiel, indem gemeinsame Schulden eingegangen werden, um die verteidigungsindustrielle Basis der EU zu stärken und indem man eine Präferenz für den Kauf von Waffen, die in der EU hergestellt werden, einführt. Bislang ist Frankreich hier aber auf wenig Zustimmung Deutschlands gestoßen.

Im Parteiprogramm der CDU (CDU/CSU, 2025) findet die Stärkung der europäischen verteidigungsindustriellen Basis jedoch prominent Erwähnung. Scholz hatte bis jetzt eine gemeinsame Verschuldung um die verteidigungsindustrielle Basis zu stärken ausgeschlossen (FAZ b, 2025). Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte vorgeschlagen, dass die Mittel für eine solche Stärkung von der Europäischen Investitionsbank, oder durch nationale Schulden, oder aber auch durch private Mittel finanziert werden könnten (Fritz, 2025). Des Weiteren schlug sie vor, dass verteidigungsrelevante Ausgaben künftig vom Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgenommen werden könnten. Das Projekt „ReArm Europe“ (Europäische Kommission, 2025), das am 4. März 2025 von der Präsidentin der Europäischen Kommission vorgestellt wurde, würde jedoch auch eine gemeinsame Verschuldung zur Unterstützung der EU-weiten Aufrüstung vorsehen. Dies zeigt, wie schnell sich diesbezügliche Debatten ob des Ausmaßes der Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung in der EU wandeln können.

Angesichts der strengen Haltung der CDU hinsichtlich der Reform der Schuldenbremse (CDU/CSU, 2025) war bisher nicht zu erwarten, dass sich die CDU für gemeinsame Schulden zur Finanzierung der europäischen verteidigungsindustriellen Basis aussprechen wird. Doch angesichts der Dringlichkeit der Situation, scheint es nun zumindest für Ausgaben auf dem Standort Deutschland ein echtes Umdenken zu geben, wie das Finanzpaket, das sich auf mehrere hundert Milliarden Euro zur Stärkung der Bundeswehr belaufen soll, und das CDU und SPD nach Sondierungsgesprächen im Nachgang der Bundestagswahlen vorstellten, bezeugt (Jaeger et al., 2025).

Ein weiterer Aspekt der künftig für Diskussionen sorgen könnte, ist der Vorschlag von Friedrich Merz, dass man sich mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich über die Möglichkeit austauschen sollte, ob Deutschland vom französischen oder britischen Atomschutzschirm profitieren könnte (Lunday, 2025). Ein klares Anzeichen für einen Vertrauensverlust gegenüber den USA. Damit greift Friedrich Merz eine Debatte auf, die Emmanuel Macron bereits 2020 (Macron, 2020) und 2024 (Macron, 2024) zur Ausweitung französischer vitaler Interessen auf ganz Europa losgelöst hatte, die aber letztendlich folgenlos blieb. Dieses Thema wurde zeitweilig vom ehemaligen Finanzminister Christian Lindner aufgegriffen, ehe es von Olaf Scholz als nicht prioritär abgetan wurde – wohl in der Annahme, dass ein Zuwenden an die europäischen Partner in dieser Hinsicht als Dominoeffekt eine Abkehr Washingtons von Deutschland bei der nuklearen Absicherung herbeiführen könnte. Auch in Frankreich wird das Thema kontrovers diskutiert. So wurde das Thema parteipolitisch von der rechtsextremen Rassemblement national (RN) aufgegriffen, um die Angelegenheit so darzustellen, als wolle Macron Frankreichs Atomwaffe mit Deutschland und anderen europäischen Partnern teilen (Donada, 2024). Dem ist nicht so, denn die Entscheidungsgewalt über den etwaigen Einsatz von Atomwaffen würde bei Frankreich bleiben und andere EU-Staaten wären nicht befugt, diese Entscheidung an seiner Stelle zu treffen. Trotzdem ließ sich Marine Le Pen vom RN die Gelegenheit nicht nehmen am 3. März 2025 in der Nationalversammlung zu erklären, dass „die nukleare Bombe, den höchsten Grad der [französischen] Souveränität“ darstellt (Garrat-Valcarcel et al., 2025), und daher nicht mit anderen Staaten geteilt werden dürfe. Der französische Verteidigungsminister Sébastien Lecornu forderte hingegen, dass man angesichts der geopolitischen Entwicklungen über den Platz der französischen nuklearen Abschreckung in der europäischen Sicherheitsarchitektur nachdenken müsse (Garrat-Valcarcel et al., 2025).

Generell wird sich auch zur Ukraine die Frage stellen, wie die neue Bundesregierung vorgehen möchte. Bei der Debatte um die Taurus Marschflugkörper im deutschen Bundestag hatte sich Olaf Scholz durchgesetzt, und diese Waffen wurden letztendlich nicht an die Ukraine geliefert. Die Grünen, die FDP und CDU hatten allerdings für eine Lieferung dieser Waffen plädiert. Friedrich Merz hatte zwar im Dezember 2024 sein Vorhaben Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine zu liefern erneut bekräftigt (ARD b, 2024). Jedoch muss auch in Zukunft bei derart grundlegenden Entscheidungen immer der innenpolitische Druck in Betracht gezogen werden, der solche Vorhaben gegebenenfalls zum Scheitern bringen könnte, zumal die AfD dieses Thema mit Sicherheit aufgreifen würde, um Stimmung gegen die Regierung zu machen. Dabei kann darauf verwiesen werden, dass es um Friedrich Merz zu diesem Thema stiller geworden ist, je näher die Landtagswahlen in Ostdeutschland im September 2024 rückten. Dort erfreuten sich die politischen Ränder hoher Zustimmungswerte, die bei den Wahlen bestätigt wurden.

Neben den sicherheits- und verteidigungspolitischen Prioritäten, die Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern angehen muss, werden Wirtschaftsfragen zweifellos an erster Stelle, der auf europäischer Ebene zu behandelnden Themen stehen. Welche Impulse wird eine Regierung Merz in diesem Bereich geben können?

II. EIN BALANCEAKT DEUTSCHLANDS ZWISCHEN WIRTSCHAFTLICHER OFFENHEIT UND STREBEN NACH RESILIENZ

Angesichts der Wirtschaftslage kommt die Frage auf, ob Deutschland der neue „kranke Mann Europas“ ist, und wie Deutschland diese Situation zu bewältigen gedenkt: indem es sich auf seine eigenen Interessen fokussiert oder doch eher auf die Europas (Wiethaus, 2024). Während Gewissheit darüber besteht, dass europäische Unternehmen eine kritische Masse erreichen müssen, um am internationalen Parkett wettbewerbsfähig zu sein und sich gegenüber den USA und China durchzusetzen, gilt es industriepolitisch die richtigen Weichen zu stellen. In dieser Hinsicht sind sich Deutschland und Frankreich in den vergangenen Jahren nähergekommen. Doch die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse könnte die Ambitionen ausbremsen. Auch Diversifizierungsversuche, die in Handelsabkommen münden, würde Deutschland begrüßen, während Frankreich in dieser Hinsicht skeptisch ist. Umgekehrt steht bei der Umsetzung von Handelsschutzmechanismen eher Deutschland auf der Bremse, während Frankreich auf das Gaspedal tritt.

1. DEUTSCHE ODER EUROPÄISCHE LÖSUNGEN FÜR DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTSFLAUTE?

In Deutschland wächst die Besorgnis über die wirtschaftliche Lage, was die britische Tageszeitung *The Economist* im August 2023 dazu veranlasste zu titeln: „Ist Deutschland erneut der kranke Mann Europas?“ (*The Economist* b, 2023). Das Land steckte im Jahr 2024 im zweiten Rezessionsjahr in Folge. Laut Handelsblatt-Chefökonom Bert Rürup ist die deutsche Wirtschaft „in ihrer größten Krise der Nachkriegsgeschichte. Pandemie, Energiekrise und Inflation haben die Deutschen im Schnitt ärmer gemacht“ (Huchzermeier et al., 2025). 2002 und 2003, war die deutsche Volkswirtschaft zum letzten Mal zwei Jahre in Folge geschrumpft. Nun ist es wieder so weit. Auch die Investitionen und die Industrieproduktion gehen zurück (Janson, 2024). Besonders energieintensive Industrien sind von den negativen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine betroffen. Auch die Autoindustrie, die Deutschland sonst mit Stolz erfüllt, kränkelt: Deutsche Autobauer und Zulieferer hatten Ende 2024 mögliche Werksschließungen und einen Job-Abbau im fünfstelligen Bereich angekündigt.

Dementsprechend fürchtet man in Deutschland eine Deindustrialisierung, die durch die Industriepolitik der Hauptkonkurrenten der EU, den USA und China, vorangetrieben werden könnte. So befürchtet man ein Abwandern in die USA, die nach der Einführung des Inflation Reduction Acts für deutsche Unternehmen attraktiver geworden sind, zumal Unternehmen, die sich dort ansiedeln und dort Jobs schaffen, von Subventionen und Steuererleichterungen profitieren können, und dabei noch aus einem dynamischeren Wachstum und Konsumverhalten in den USA Gewinn schöpfen könnten, als dies aktuell in Deutschland der Fall ist.

Angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen wird sich die Frage stellen, ob Deutschland versucht sein wird, die Interessen Deutschlands in den Vordergrund zu stellen, oder ob es aus der Überzeugung handeln wird, europäischen Interessen nachzugehen, und eine kritische Masse zu erreichen, die nur auf EU-Ebene möglich ist, um sich im internationalen Wettbewerb gegenüber den USA und China durchzusetzen. Es könnte in der Tat darauf abzielen, bei der Wirtschaftspolitik eine deutsche Brille aufzusetzen und Alleingänge zu starten – also alle Hürden aus dem Weg zu räumen, die Deutschland daran hindern, seine wirtschaftliche Stärke voll zu entfalten. So zum Beispiel könnte Deutschland den Widerstand mancher EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf Handelsabkommen aus dem Weg räumen, der den Abschluss solcher Abkommen blockiert, wo es doch dabei ist zu diversifizieren und sich sowohl neuen Zulieferern als auch Absatzmärkten zuzuwenden. Andernfalls könnte Deutschland auf die EU setzen und versuchen, gegen die Fragmentierung des Binnenmarktes vorzugehen, die von Enrico Letta und Mario Draghi in ihren Berichten an die EU-Institutionen in puncto Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität als wesentlicher Nachteil gegenüber Staaten wie den USA und China betrachtet wird.

Eine mögliche Neupositionierung Deutschlands im Bereich der Wirtschaftspolitik wird auch von seiner Fähigkeit abhängen, innerhalb seiner Regierung geschlossen aufzutreten, was unter der Ampelkoalition nicht immer der Fall war. In der Tat wurde Deutschlands Haltung in den letzten vier Jahren von seinen EU-Partnern des Öfteren aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen der drei Parteien zu gewissen Legislativentwürfen auf europäischer Ebene, mangels Kompromisses, als unübersichtlich betrachtet. Deutschland galt als unverlässlich und unberechenbar, wie es beispielsweise durch das EU-Lieferkettengesetz (ZDF, 2024) oder bei der Entscheidung um das Ende des Verkaufs von Verbrennermotoren ab 2035 (Götze & Sorge, 2022) veranschaulicht wurde. Dieses Verhalten Deutschlands kann durch den Begriff „German vote“ subsumiert werden. Deutschland muss also erneut an Glaubwürdigkeit gegenüber seinen EU-Partnern gewinnen, was durch eine Zweierkoalition durchaus leichter wäre.

2. BAUSTELLE EUROPÄISCHE INDUSTRIEPOLITIK: PERSPEKTIVEN UNTER DER KÜNFTIGEN BUNDESREGIERUNG

Bei industriepolitischen Vorhaben der EU könnte die deutsche Schuldenbremse eine Hürde darstellen, da die Frage aufkommt, wie, wenn nicht durch Schulden, in Zukunftstechnologien, Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastrukturen sowie den grünen und digitalen Wandel investiert werden soll. Selbst der Internationale Währungsfonds (IWF), aber auch die Wirtschaftsweisen und die Bundesbank raten dazu, die Schuldenbremse zu lockern.

Sollte die jetzige Regel beibehalten werden, so besteht die Gefahr, dass Europa von den USA und China abgehängt wird. Diese Befürchtung wird schon in den Berichten von Enrico Letta und Mario Draghi zum Binnenmarkt und zur Wettbewerbsfähigkeit der EU aufgegriffen. Diese Berichte wurden in Frankreich sehr positiv aufgenommen, stießen in Deutschland aber schon auf mehr Kritik. Zwar wird in Deutschland der Vorschlag der Gründung einer Kapitalmarktunion

unterstützt, (Letta, 2024) damit 300 Milliarden EUR im Jahr von europäischem Ersparnis nicht in den US-Markt fließen, (Letta, 2024) sondern dem europäischen Binnenmarkt zugutekommen. Des Weiteren heißt es im Bericht von Mario Draghi allerdings, dass 800 Milliarden EUR in die europäische Wirtschaft investiert werden sollen, ein Teil davon mit gemeinsamer Verschuldung. (Europäisches Parlament, 2024) Dieser Vorschlag stößt in Deutschland auf wenig Begeisterung, würde von Frankreich aber begrüßt werden. In Deutschland herrscht diesbezüglich in der Tat ähnlich wie beim Vorschlag der gemeinsamen Schuldenaufnahme zur Stärkung der verteidigungsindustriellen Basis Europas Skepsis.

Lange Zeit stand die Schuldenbremse ambitionierten Investitionen in Deutschland im Weg, die auch in Europa ansässigen Unternehmen mehr Planungssicherheit gegeben hätten – teilweise haben sie sich in den vergangenen Jahren dazu verleiten lassen, sich anderswo niederzulassen, wo ihre Ansiedlung mit Subventionen und Steuererleichterungen belohnt wurde. Es scheint sich nun allerdings in Deutschland ein grundlegendes Umdenken mit dem Umgang mit der Verschuldung anzubahnen.

Im Rahmen der Sondierungsgespräche zwischen CDU und SPD nach den deutschen Bundestagswahlen soll nun in der Tat ein Finanzpaket zustande kommen, das Ausgaben, die sich auf mehrere hundert Milliarden Euro belaufen könnten, und das neben den oben erwähnten verteidigungspolitischen Entwicklungen auch infrastrukturelle Entwicklungen großen Ausmaßes zulassen soll (Jaeger et al., 2025).

In der Industriepolitik hat sich Deutschland in den letzten Jahren Frankreich angenähert. So wurde – basierend auf einer deutsch-französischen Initiative – eine europäische Industriestrategie ins Leben gerufen, die während der Coronapandemie aktualisiert wurde, und Sektoren und Technologien definiert, in die künftig, im Rahmen der grünen und digitalen Transformation, investiert werden soll. Neben dieser Analyse enthält die Strategie auch ein Inventar der Abhängigkeiten der EU von Drittstaaten, die es gilt zu verringern, um Wertschöpfungsketten resilienter zu gestalten. Ergänzt werden diese Dimensionen durch Handelsschutzmechanismen, um unlautere Marktpraktiken von Drittstaaten abzuwehren und selbstbewusster im Umgang mit den Handelspartnern aufzutreten.

Friedrich Merz, der mögliche künftige deutsche Kanzler, möchte „europäische Champions“ und sogenannte europäische Projekte von gemeinsamem Interesse fördern, sofern die Subventionen gezielt in bestimmten Bereichen eingesetzt werden (und nicht nach dem Gießkannenprinzip), wie zum Beispiel in der Halbleiterindustrie, in der Batterien-Technologie, in der Quantentechnologie oder in der Künstlichen Intelligenz.

Traditionell ist Deutschland jedoch eher zurückhaltend gegenüber staatlichem Interventionismus, da es davon überzeugt ist, dass Unternehmen sich besser selbst verwalten können. So plant die CDU eine Bestandsaufnahme der staatlichen Subventionen, um ineffiziente Subventionen der „Ampelregierung“ zu streichen, zumal versprochene Subventionen an Intel, Northvolt und Wolfspeed trotz entsprechenden Bemühungen letztendlich nicht zur Ansiedlung dieser Unternehmen führten.

Ebenso strebt die CDU eine angebotsorientierte Politik an, indem sie zum Beispiel die Steuer auf Unternehmensgewinne von 30% auf 25% zu senken gedenkt (CDU/CSU, 2025). Hinsichtlich der Zukunftstechnologien möchte sie das auf europäischer Ebene beschlossene Ende des Verkaufs von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor im Jahr 2035 rückgängig machen (CDU/CSU, 2025), was interessante Koalitionsverhandlungen mit den Sozialdemokraten, die sich zugunsten des Übergangs zu Elektrofahrzeugen positioniert haben (SPD, 2025), verspricht.

3. ZANKAPFEL HANDELSPOLITIK: MEHR EINSICHT VON DEUTSCHLAND UND FRANKREICH IST GEFRAGT

In der Handelspolitik gibt es zwischen Deutschland und Frankreich durchaus unterschiedliche Ansätze, wie es das Beispiel des EU-Mercosur Freihandelsabkommens veranschaulicht. Dies droht unter einem Kanzler Merz ein Zankapfel zu bleiben, zumal die CDU eine Partei ist, die sich klar für Freihandel ausspricht, während Frankreich Bedenken, ob der Wettbewerbsfähigkeit seiner Landwirte und der Einhaltung von umwelt- und sozialen Standards hat.

Die Wirtschaftssicherheitsstrategie der EU (Vertretung Deutschlands bei der Europäischen Kommission, 2023), die auf der Ambition des Derisking gründet, sieht vor, dass die europäische Wirtschaft gefördert werden soll, dass gegen Wettbewerbsverzerrungen von Drittstaatsakteuren vorgegangen werden soll, aber eben auch dass neue Handelspartnerschaften eingegangen werden sollen. Durch eine größere Anzahl von Handelspartnern vermeidet man Klumpenrisiken, wie die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas, die Berlin vor schwierige Entscheidungen stellte: Wahrung des internationalen Rechts und daher Verurteilung des russischen Angriffskriegs in der Ukraine, oder aber Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Stillschweigen zum Bruch internationaler Übereinkünfte im Osten Europas. Durch eine Diversifizierung der Handelspartner ist der Wegfall einzelner Handelspartner einfacher zu verkraften und man macht sich politisch weniger erpressbar.

Auch gegenüber China stellt sich die Frage, wie Deutschland künftig vorzugehen gedenkt. Die deutsche Außenministerin der Ampelkoalition, Annalena Baerbock, erklärte bei der Vorstellung der China-Strategie der Regierung im Juli 2023, dass man im Nachhinein erkennen müsse, dass das als billig gepriesene russische Gas, das der deutschen Industriebasis einen Wettbewerbsvorteil verschaffte, doch nicht so billig war, wie es schien: „Wir können uns kein zweites Mal das leisten, was wir uns leisten mussten durch den russischen Angriffskrieg, nämlich über 200 Milliarden Euro gesamtgesellschaftlich dafür aufzuwenden, dass wir uns aus unserer Abhängigkeit befreit haben“ (Baerbock, 2023).

Das Anstoßen eines konstruktiven Dialogs zwischen Paris und Berlin zum Thema Handelspolitik wäre dementsprechend wünschenswert, denn aktuell herrscht kaum gegenseitiges Verständnis für die Interessenslage des jeweils anderen. Ein solches Verständnis wäre die Basis für eine Lösungsfindung, anstatt der Blockade, die heute Handelsabkommen wie das EU-Mercosur Abkommen überschattet.

Frankreich pocht auf eine härtere Gangart gegenüber jenen Staaten, die sich unlauterer Marktpraktiken und Zwangsmaßnahmen gegenüber Europa bedienen. Wenn Deutschland hier nicht gewillt ist, härter gegen solche Handelspartner vorzugehen, droht die Gefahr, dass diese Handelspartner weiterhin nicht davor zurückschrecken, die Grenzen des Möglichen gegenüber Europa zu testen. Dies gilt für die USA und China. Ein Beispiel sind die angedrohten Handelszölle der USA gegen Stahl und Aluminium sowie Autos aus Europa.

Während der ersten Präsidentschaft von Trump wurden bereits Zölle gegen Aluminium und Stahl aus Europa eingeführt. Jedoch war es der EU im Fall der Autoimporte aus Europa, dank des diplomatischen Geschicks von Jean-Claude Juncker, dem ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten, gelungen, solche Zölle abzuwenden (Becker, 2024).

Auch gegenüber China gilt es rote Linien zu ziehen: Chinesischen E-Autobauern, die von Staatssubventionen profitieren, die den Wettbewerb verzerren, müssen Grenzen gesetzt werden, wie es auf EU-Ebene beschlossen wurde. Diese Zusatzzölle können bis zu 35,5% erreichen und gelten fünf Jahre lang. Deutschland wurde in dieser Angelegenheit überstimmt: Am 4. Oktober 2024 stimmten 10 EU-Mitgliedsstaaten für die Verhängung von Zöllen, 12 Mitgliedsstaaten enthielten sich und 5 Staaten, unter anderem Deutschland, stimmten dagegen. Berlin pocht auf Verhandlungen mit China, denn es sieht sich der Gefahr von Gegenmaßnahmen Chinas ausgesetzt, die die deutsche Industrie hart treffen könnten.

Olaf Scholz schickte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Anfang des Jahres 2025 sogar einen Brief, wo er unter anderem forderte, die Gespräche mit China über eine Rücknahme europäischer Strafzölle auf chinesische E-Autos „zu einem einvernehmlichen Ergebnis zu bringen“ (Roßbach, 2025). Der Generalsekretär der CDU, Carsten Linnemann, sagte in einem FAZ-Interview Ende 2024 (Geinitz & Pennkamp, 2024.): „Ich lehne [...] die Strafzölle der EU gegen chinesische Elektroautos ab.“ Stattdessen setze er auf die Welthandelsorganisation (WTO), wenngleich diese Organisation durch die USA in ihrer Handlungsfähigkeit geschwächt wird. Auch das CDU-Programm sieht vor: „Grundsätzlich sind Zölle nicht der richtige Weg.“ (CDU/CSU, 2025) Mehr europäisches Selbstbewusstsein sowie ein geeintes Auftreten wären durchaus angebracht, damit die EU-Mitgliedsstaaten sich nicht auseinanderdividieren lassen. Auch die EU verfügt gegenüber ihren Handelspartnern über Hebel, die sie betätigen kann, und mit denen sie notfalls Druck ausüben kann.

SCHLUSS

Während Deutschland nach der Bundestagswahl nun wohl wieder an Stabilität und Glaubwürdigkeit gewinnen wird, könnte der deutsch-französische Kompass für Europa an Frankreichs innenpolitischer Schwäche leiden. Sowohl die Schwächung Emmanuel Macrons durch die Neuwahlen letztes Jahr und die Möglichkeit von erneuten Neuwahlen im Sommer 2025 als auch die schwierige Lage in Bezug auf die Staatsfinanzen schränken den Handlungsspielraum der zweitgrößten Volkswirtschaft der EU ein. Abgesehen von den internen Instabilitäten in Frankreich wurde Paris von Deutschland oft als unberechenbar und unzuverlässig wahrgenommen. Emmanuel Macrons Temperament wurde als disruptiv und impulsiv eingestuft und seine Stellungnahmen waren mit seinen europäischen Partnern nicht abgestimmt. In einem Land wie Deutschland, das durch eine Kultur des Kompromisses geprägt ist, sorgte diese Haltung des französischen Präsidenten des Öfteren für Stirnrunzeln.

Zum Beispiel als er verkündete, dass die NATO „hirntot“ sei, oder bei seiner Rückkehr von seinem Staatsbesuch in China im April 2023, als er sagte, Europa dürfe nicht zum Vasallen der USA werden (Fokken, 2023) und sich nicht in Konflikte hineinziehen lassen, die nicht seine eigenen sind (Wiegel, 2023), was angesichts der amerikanischen Unterstützung der Ukraine und des US-Beitrags für die europäische Sicherheit unangebracht schien, nun aber einer neuerlichen Betrachtung bedarf. Dem hinzuzufügen wäre die Erklärung nach einer von ihm organisierten Konferenz zur Unterstützung der Ukraine im Februar 2024 über die Entsendung von Truppen in die Ukraine.

Bleibt zu hoffen, dass durch die Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks, bestehend aus Deutschland, Frankreich und Polen, die sich sowohl die CDU (CDU/CSU, 2025) als auch die SPD (SPD, 2025) (als mögliche künftige Koalitionspartner) wünschen, der EU mehr Dynamik verliehen wird. Donald Tusk, der Ministerpräsident Polens, das zurzeit die europäische Ratspräsidentschaft innehat, hatte jedenfalls drei Tage vor den US-Präsidentenwahlen damit aufhorchen lassen, dass die EU künftig mehr Verantwortung übernehmen muss und sich nicht damit begnügen könne, ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik an die USA auszulagern (Tusk, 2024). Ganz nach dem Motto der von Emmanuel Macron gepriesenen strategischen Autonomie. Die Annäherung Frankreichs, Deutschlands und Polens in dieser Hinsicht lässt Hoffnung aufkommen, dass aus der Not gedrungen, ein neuer Impuls entstehen könnte, um die EU in sicherheits- und verteidigungspolitischen Aspekten eigenständiger zu machen.

BIBLIOGRAPHY

- Bibliography
- ARD (2025a). Friedenstruppen für die Ukraine - wer will was?. Tagesschau. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/friedenstruppen-ukraine-100.html>.
- ARD (2024b). Merz wiederholt "Taurus"-Versprechen in Kiew. ARD. Tagesschau. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/merz-ukraine-108.html>
- Baerbock, A. (2023). Außenministerin Baerbock zur Zukunft der deutschen Chinapolitik. Youtube. https://www.youtube.com/watch?v=btXg54MQ_I0. abgerufen
- BBC (2017). Trump worries Nato with 'obsolete' comment". BBC. <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-38635181>.
- Becker M. (2024). Trump macht eine Politik von Mann zu Mann. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/handelskrieg-jean-claude-juncker-ueber-erfolgreiche-verhandlungen-mit-donald-trump-a-ec49b7c0-fa84-4adf-870d>.
- Boy A-D. et al. (2025). Gipfeltreffen zur Ukraine in Paris: Europas Woche der Wahrheit. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/ausland/gipfeltreffen-zur-ukraine-in-paris-europas-woche-der-wahrheit-a-60d568b2-6622-4e9d-8921-a5d5f19eb2a3>.
- CDU/CSU (2025). Politikwechsel für Deutschland – Wahlprogramm von CDU und CSU, CDU und CSU.
- Destatis (2025). Pressemitteilung Nr. 063 vom 19. Februar 2025. Destatis. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/02/PD25_063_51.html#:~:text=Vereinigte%20Staaten%20wichtigster%20Abnehmer%20deutscher%20Exporte&text=Demgegen%C3%BCber%20standen%20Importe%20aus%20den,63%2C3%20Milliarden%20Euro.
- Deutschlandfunk (2024). Scholz: „Als deutscher Kanzler werde ich keine Soldaten in die Ukraine entsenden. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/scholz-als-deutscher-kanzler-werde-ich-keine-soldaten-in-die-ukraine-entsenden-100.htm>.
- Die Zeit (2025). Bundesregierung hält Debatte über Entsendung von Truppen für verfrüht. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-02/ukraine-friedenstruppen-bundeswehr-bundesregierung-debatte-verfrueht>.
- Donada E. (2024). Emmanuel Macron veut-il partager le pouvoir de dissuasion nucléaire français avec l'Union européenne ? Libération. https://www.liberation.fr/checknews/emmanuel-macron-veut-il-partager-le-pouvoir-de-dissuasion-nucleaire-francais-avec-lunion-europeenne-20240204_A3EZNMQW4FD73EP4PTQGKJKOKY/.
- Draghi M (2024). The future of European competitiveness. Europäische Kommission. <https://>

commission.europa.eu/document/download/97e481fd-2dc3-412d-be4c-f152a8232961_en.

- Ducourtieux C. (2025). A Londres, les Européens à la recherche d'un plan de paix pour l'Ukraine. Le Monde. https://www.lemonde.fr/international/article/2025/03/03/a-londres-keir-starmer-defend-un-plan-de-paix-franco-britannique-pour-l-ukraine_6574470_3210.html.
- Emendörfer J. (2021). Streitfall Nord Stream 2: Was Sie über das Milliardenprojekt wissen sollten. RND. <https://www.rnd.de/wirtschaft/nord-stream-2-was-sie-ueber-das-milliarden-projekt-wissen-sollten-EWZ2H6J2S5HKJGDH34X7IA45H>.
- Europäische Kommission (2025). Press statement by President von der Leyen on the defence package. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/sv/statement_25_673.
- Europäisches Parlament (2024). Draghi to MEPs: "Europe faces a choice between exit, paralysis, or integration". <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20240913IPR23903/draghi-to-meps-europe-faces-a-choice-between>.
- FAZ (2024). Fachleute warnen vor neuen Gas-Abhängigkeiten“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-nachhaltigkeit/fluessiggas-aus-usa-und-katar-experten-warnen-vor-gas-abhaengigkeiten-19468404.html>.
- FAZ (2025). Scholz lehnt gemeinsame EU-Schulden für Rüstung ab. <https://www.faz.net/aktuell/politik/olaf-scholz-lehnt-bei-eu-gipfel-gemeinsame-schulden-fuer-ruestung-ab-110274413.html>.
- Financial Times (2025). Germany's Friedrich Merz plans 'double bazooka' for defence and infrastructure. <https://www.ft.com/content/1996c71b-f591-4bfd-b9ad-4d5671a2963a>.
- Focus (2023). US-Kongress schiebt Trump vorzeitig Riegel vor. Focus. https://www.focus.de/politik/ausland/us-wahl/nato-austritt-nahezu-unmoeglich-us-kongress-schiebt-trump-vorzeitig-riegel-vor_id_259500281.html.
- Fokken, S., 2023. Deutsche Politiker üben scharfe Kritik an Macrons China-Aussagen. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/ausland/china-politik-scharfe-kritik-an-emmanuel-macron-nach-distanzierung-von-usa-a-61571aa0-5a38-443e-a371>.
- France 24, 2025. Les alliés européens se montrent unis, Paris et Londres évoquent une trêve partielle en Ukraine. France 24. <https://www.france24.com/fr/europe/20250303-les-alli%C3%A9s-europ%C3%A9ens-se-montrent-unis-paris-et-londres-%C3%A9voquent-une-tr%C3%A8ve-partielle-en-ukraine>.
- Fritz S. (2025). Von der Leyen will an der Schuldenschraube drehen. ARD. Tagesschau. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-verteidigung-gipfel-102.html>.
- Garrat-Valcarcel R. & Segauines N. (2025). Sur l'Ukraine et la sécurité en Europe, la France « peut jouer un rôle central », selon François Bayrou, Le Monde. https://www.lemonde.fr/politique/article/2025/03/04/sur-l-ukraine-et-la-securite-en-europe-la-france-peut-jouer-un-role-central-selon-francois-bayrou_6576149_823448.html.
- Geinitz C. & Pennkamp J. (2024). Was wird die erste Maßnahme einer CDU-Regierung, Herr Linnemann?“. FAZ. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/cdu-nach-ampel-aus-carsten-linnemann-ueber-zukuenftiges-programm-110096571.html>.
- Götze D. & Sorge N.-V. (2022). Warum die FDP das Verbrenner-Aus kippen will. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/auto/eu-vorschlag-fuer-ein-verkaufsverbot-ab-2035-warum-die-fdp-das-verbrenner-aus-kippen-will-a-80ca9d24-4785-4129-8ca0-1a0a0fd19983>.
- Huchzermeier D., Köster B. & Schrunner A. (2025). Bundesrepublik vor längster Rezession der Geschichte. Handelsblatt. <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/>

konjunktur-bundesrepublik-vor-laengster-rezession-der-geschichte/100087951.html.

- Jaeger M., Lohse E., Schäfers M. & Mussler W. (2025). “Was Sie über das Finanzpaket von Union und SPD wissen müssen. FAZ. <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/union-und-spd-wollen-hunderte-milliarden-schulden-was-sie-jetzt-wissen-muessen-110336440.html>.
- Janson M. (2024). Motor der deutschen Wirtschaft stottert seit Jahren. <https://de.statista.com/infografik/28510/produktionsindex-des-produzierenden-gewerbes-in-deutschland>.
- Letta E. (2024). Much more than a market – Speed, Security, Solidarity Empowering the Single Market to deliver a sustainable future and prosperity for all EU Citizens.
- Lunday C. (2025). Europe should brace for Trump to end NATO protection, Germany’s Merz warns. Politico. <https://www.politico.eu/article/europe-brace-us-trump-end-nato-germany-friedrich-merz-election/>.
- Macron E. (2020). Discours du Président Emmanuel Macron sur la stratégie de défense et de dissuasion devant les stagiaires de la 27ème promotion de l’école de guerre. Elysée. <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/02/07/discours-du-president-emmanuel-macron-sur-la-strategie-de-defense-et-de-dissuasion-devant-les-stagiaires-de-la-27eme-promotion-de-lecole-de-guerre>.
- Macron E. (2024). Rede des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron über Europa. <https://www.elysee.fr/de/emmanuel-macron/2024/04/24/europa-rede>.
- Major C., Masala C., Mölling C. & Puglierin J. et al. (2025), Wie ein neuer Krieg in Europa noch zu verhindern ist. <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-ein-sofortprogramm-gegen-die-ausweitung-des-krieges-a-98528458-9eb0-4584-8656-c02372b65bca>.
- Meiritz A., Reimann A. & Weiland A. (2017). Merkels Bierzeltrede – Jeder Satz ein Treffer. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-das-bedeutet-ihre-bierzelt-rede-ueber-donald-trump-a-1149649.html>.
- Merz F. (2025). Merz, Scholz, Weidel, Habeck und die weiteren Spitzenkandidaten zum Ausgang der Bundestagswahl. Phoenix. <https://www.youtube.com/watch?v=hsmkyrEbh1k>.
- Ricard P. (2025). Les propos de Macron sur l’envoi de troupes alliées en Ukraine ont semé la confusion entre les Occidentaux, au moment où les Européens tentent de s’organiser. Le Monde. <https://www.lemonde.fr/idees/article/2024/>.
- Ross J. & Téterchen N. (2024). Frankreichs Für einen europäischen Plan B bleibt die deutsch-französische Kooperation alternativlos. DGAP. Berlin: DGAP. https://dgap.org/system/files/article_pdfs/22-DGAP-MEMO-US2024_Jacob_DE.pdf.
- Roßbach H. (2025). Scholz will, dass Europa wettbewerbsfähiger wird. SZ. <https://www.sueddeutsche.de/politik/scholz-von-der-leyen-brief-eu-wettbewerb-e-autos-li.3175660>.
- Scholz O. (2022). Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>.
- SPD (2025). Regierungsprogramm SPD.
- Sullivan K. (2024). Trump says he would encourage Russia to ‘do whatever the hell they want’ to any NATO country that doesn’t pay enough. CNN. <https://edition.cnn.com/2024/02/10/politics/trump-russia-nato/index.html>.
- The Economist (2019). Emmanuel Macron warns Europe: NATO is becoming brain-dead. The Economist. <https://www.economist.com/europe/2019/11/07/>

emmanuel-macron-warns-europe-nato-is-becoming-brain-dead.

- The Economist (2023). Is Germany once again the sick man of Europe? The Economist. <https://www.economist.com/leaders/2023/08/17/is-germany-once-again-the-sick-man-of-europe>.
- Tusk D (2024). X. https://x.com/donaldtusk/status/1852701257267318972?t=eR0c2_jmbAJ8Y3ti19h-vRQ&s=19. abgerufen.
- Vertretung Deutschlands bei der Europäischen Kommission (2023). Europäischer Ansatz für wirtschaftliche Sicherheit in der EU, Vertretung Deutschlands bei der Europäischen Kommission. https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-ansatz-fur-wirtschaftliche-sicherheit-der-eu-2023-06-20_de.
- Wiegel M. (2023). Der unzeitgemäße Präsident. FAZ. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/frankreich-in-der-krise-macron-ist-ein-unzeitgemaesser-praesident-18816496.html>.
- Wiethaus M. (2024). Germany First: Merz's plans to rebrand German foreign policy. Oiiip. <https://www.oiiip.ac.at/publikation/germany-first-merzs-plans-to-rebrand-german-foreign-policy/>.
- ZDF (2024). Deutschland als unzuverlässiger Europäer?. ZDF. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-german-vote-deutschland-fdp-lieferkettengesetz-100.html>.

IMPRESSUM:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiiip,
Austrian Institute for International Affairs
A-1090 Vienna, Währinger Straße 3/12,
www.oiiip.ac.at, info@oiiip.ac.at

Copyright © 2025

www.oiiip.ac.at

